

Vom Verkauf des Schulgebäudes an der Berghauser Straße, einer Feuerwache und vielen Fragen

Keine Zukunft?

Mit einer regelrecht „giftigen“ Verwaltungsdrucksache muss sich in ihrer Sitzung am morgigen Mittwoch die Cronenberger Bezirksvertretung beschäftigen. Das Thema ist derart heiß, dass die Beratung darüber seitens der Wuppertaler Stadtverwaltung erst im Anschluss an den öffentlichen Teil der Sitzung gewünscht wird. Die Cronenberger BV möchte das aber gerne noch kurzfristig ändern, wünscht man sich doch eigentlich eine breite öffentliche Diskussion zu diesem Thema, dessen Inhalt und Verfahren nahezu sinnbildlich ist für den Umgang der Wuppertaler Stadt- und Verwaltungsspitze mit dem Stadtteil Cronenberg.

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Komplex Berghauser Str. 45 in Wuppertal Cronenberg zu verkaufen. Eine Fläche für den Bedarf der Feuerwehr, jedoch ohne Dienstwohnungen und Turnhalle, soll zuvor abgetrennt werden.“ so lautet die Essenz der Beschlussvorlage, zu der die Cronenberger Bezirksvertretung gehört werden soll, um anschließend eine Empfehlung dazu zu geben. Postwendend, nämlich knapp drei Wochen später, nachdem das Thema in verschiedenen Ausschusssitzungen ebenfalls auf der Tagesordnung erschienen ist, soll der Rat der Stadt Wuppertal diesen für Cronenberg verheerenden und so überhaupt nicht erwarteten Verwaltungsauftrag beschließen



Zeit noch reichlich zwei Millionen Euro in den Komplex investiert worden sind und warum in der Zeit vorher keinerlei Maßnahmen ergriffen worden sind, um dem Verfall entgegen zu wirken. Hier wünscht man sich in Cronenberg eigentlich, dass „Ross und Reiter“ genannt werden und man nicht versucht, die Drucksache kalt lächelnd und ohne öffentliche Diskussion durch die Gremien zu drücken. Mal ganz davon abgesehen, dass die Risiken der Entscheidung offensichtlich nicht vollends einmütig eingestuft werden. So gibt es durchaus Stimmen, die eine

Einrichtung von Dienstwohnungen an einer hier evtl. entstehenden neuen Cronenberger Feuerwache für unbedingt notwendig halten, damit die im Notfallplan geforderten Ausrückzeiten überhaupt durchgehend realisierbar sind. Übrigens auch seitens der Leitung der Wuppertaler Berufsfeuerwehr. Andernfalls müsste die Stadt die nicht sichergestellten Ausrückzeiten mit einer Versorgung durch die städtische Berufsfeuerwehr gewährleisten, was gewiss auf Dauer eine ungleich teurere Lösung für die Stadtkasse bedeutet. Dass sich hier offenbarende Verhalten

der Stadtspitze gegen Interessenlagen der Menschen vor Ort, deckt sich mit dem Empfinden der im Stadtteil beheimateten gewählten Vertreter der Bezirksvertretung. So war es Günter Groß, der als Fraktionssprecher der Cronenberger CDU in der BV in einem Offenen Brief an Oberbürgermeister Andreas Mucke, genau solches Verhalten anprangerte. Nicht ohne darin etliche Beispiele aus der jüngeren Zeit zu benennen, wo man „über die Köpfe der Menschen in Cronenberg hinweg, Entscheidungen trifft, für die es hier kein Verständnis gibt“.